

01.03.2024

Bericht des Gemeinderates

Anwesende

Monique Hermes ■ Bürgermeisterin

Marc Krier | Liane Felten ● Schöffen

Claude Wagner | Tess Burton | Patrick Frieden |
Carine Sauer | Martine Cognioul-Loos | Claire Sertznig |
Metty Scholtes | Marc Ury ◀ Räte

1. Gemeindeverordnung über die Festlegung der Gebühren für die Abfuhr, die Entsorgung und das Recyclen von Abfällen auf dem Gebiet der Stadt Grevenmacher

Bürgermeisterin Monique HERMES (CSV) gibt folgende Erläuterungen:

Die Finanzkommission konnte leider nicht mehr um Stellungnahme gebeten werden, da die Ausarbeitung des Dokumentes schon zu weit fortgeschritten war. Das Dokument wurde der Kommission jedoch vor der Gemeinderatssitzung zugestellt.

Schöffe Marc KRIER (déi gréng) erklärt die neue Tarifierung.

Die grünen (Glas), blauen (Papier), und braunen (Bio) Mülltonnen werden weiterhin gratis zur Verfügung gestellt und entleert.

Der neue Preis für die grauen Tonnen (Restmüll) setzt sich aus 3 Faktoren zusammen:

- Aus einem fixen Tarif für die Bereitstellung der Mülltonne, je nach gewähltem Volumen.
- Aus einem Tarif pro Kilogramm Müll, der sich in der entleerten Mülltonne befand.
- Aus einem Tarif pro Leerung der Mülltonne.

Des Weiteren besteht die Möglichkeit zum Erwerb von SIGRE Mülltüten. Um zu vermeiden, dass man diese Tüten benutzt um die schwereren Abfälle zu beseitigen, wird der Preis dementsprechend angehoben.

Es besteht auch weiterhin die Möglichkeit die Mülltonne mit einem Schloss zu versehen.

Falls ein Problem beim Wiegen des Restmülls auftreten sollte, wird der Durchschnittswert der vorherigen 3 Wiegungen berücksichtigt.

Es wird ebenfalls eine separate Verordnung betreffend die Auszahlung von „Windelgeld“ geben.

Herr Sven NUSZKOWSKI aus der technischen Abteilung gibt Erklärungen zur geplanten Broschüre.

Bürgermeisterin Monique HERMES (CSV) informiert über eine Informationsversammlung, welche am 15. Mai 2024, um 19.30 Uhr in der „Vinsmoselle-Kellerei“ stattfinden wird.

Dort wird auch die Informationsbroschüre verteilt.

Rat Claude WAGNER (DP) gibt folgende Stellungnahme ab:

Er zeigt sich enttäuscht darüber, dass diese Gemeindeverordnung bereits heute auf der Tagesordnung steht.

Er erklärt seine Enttäuschung wie folgt:

In einer Arbeitssitzung des Gemeinderates am 23.11.2021 gab eine Beraterfirma Erklärungen betreffend das elektronische Identifikationssystem für Mülltonnen.

Damals wurde mitgeteilt:

Dass sämtliche Mülltonnen mit einem Chip ausgestattet würden, danach würde eine Testphase durchgeführt werden, mit einer darauffolgenden Auswertung, um festzustellen ob man sich für die Verrechnung pro KG Gewicht oder pro Entleerung der Tonne entscheiden würde.

Er stellt fest, dass bis dato, trotz Nachfragen, keine Resultate besagter Testphase mitgeteilt worden seien. Auch sei nicht darüber debattiert worden welches System angewandt werden soll.

Es wurde erklärt, eine maximale Preiserhöhung von 10 % würde nicht überschritten werden.

Es würde ein Simulationsrechner auf der Internetseite der Gemeinde eingerichtet werden. Wurde dies umgesetzt? Wenn ja, wo findet man diesen Rechner?

Dass bereits einige Gemeinden mit diesem neuen System ausgestattet seien.

Ihm sei bewusst, dass das Verursacherprinzip vom Gesetz vorgeschrieben sei, und er befürwortet auch das Prinzip der Mülltrennung, damit so wenig wie möglich Restmüll übrigbleibt.

Jetzt sieht die Verordnung vor, dass ein fixer Betrag pro Tonne bezahlt wird sowie ein variabler Betrag pro Leerung der Tonne und nach Gewicht der Tonne. Somit haben die Einwohner keine Möglichkeit zur Geldeinsparung, wenn sie nur wenig Müll in die Tonne werfen.

Beispiel bei einer Mülltonne von 120 l:
Aktuell bezahlt man dafür jährlich 348 Euro.

Laut der neuen Verordnung würde man in Zukunft dafür 225 Euro als fixen Betrag, sowie, wenn dann jede Woche die Tonne geleert wird, zusätzlich 457,60 Euro bezahlen.

Somit würde man bereits bei 682,60 Euro liegen. Dann käme noch der Preis pro kg hinzu nach dem Verursacherprinzip.

Nimmt man dann als Beispiel einen Haushalt mit 2 Kindern, mit einer Produktion von 7 kg Restmüll pro Woche, kämen da noch 108 Euro hinzu. Demnach 800 Euro / Jahr für diesen Haushalt.

Dies entspricht nicht dem Verursacherprinzip, da ein Bürger, der seine Mülltonne jede Woche zum Entleeren hinausstellt, obwohl er weniger Müll in die Tonne wirft, mehr bezahlen muss.

Ein anderes Beispiel mit der gleichen Mülltonne: Was muss ich tun, um nicht mehr als 348 Euro auszugeben?

225 Euro für den fixen Beitrag + einmal pro Monat die Tonne hinausstellen zur Entleerung, also 105,60 Euro, dann dürfte ich maximal 58 kg Müll pro Jahr in die Mülltonne werfen. Bei einem Haushalt mit 2 Kindern, wären das dann 14,5 kg / Kopf / Jahr.

Die DP Partei hätte noch weitere Fragen, beziehungsweise Anregungen zur Gebührenverordnung.

- Wird jetzt die Anzahl der Entleerungen berücksichtigt?
- Wird das Gewicht der Mülltonne berücksichtigt?
- Wird beides berücksichtigt?
- Besteht die Möglichkeit für die Bürger zu jeder Zeit über eine App oder die Internetseite der Gemeinde zu erfahren, wieviel Müll sie zu dem Zeitpunkt verrechnet bekommen.
- Besteht die Möglichkeit für junge Familie mit Kleinkindern eine Spezialregelung einzuführen (Problem der Windeln).

Er fügt noch hinzu:

In der letzten Finanzkommission wurde die Frage aufgeworfen, dass, bevor die Gemeindeverordnung zur Abstimmung auf die Tagesordnung des Gemeindera-

tes gesetzt wird, alle Parteien sich treffen, um darüber zu diskutieren und um mögliche Ideen einzubringen. Dies wurde, laut Bericht der Finanzkommission, von der Bürgermeisterin gutgeheißen, ist jedoch nicht erfolgt.

Wurde das Thema auch in der Umweltkommission diskutiert?

Bei dieser Verordnung wären wir gerne an der Ausarbeitung des Dokumentes beteiligt gewesen, weil es uns wichtig ist und weil die Bürger tiefer in die Tasche greifen müssen.

Sollte das Dokument heute, ohne vorherige Arbeits-sitzung, zur Abstimmung kommen, werde die DP dagegen stimmen. Dies weil wir weder mit dem Inhalt, noch mit der Vorgehensweise, einverstanden sind.

Rätin Tess BURTON (LSAP) gibt folgende Stellungnahme ab:

Es handelt sich hier um eine komplett neue Gebührenverordnung, die nicht nur die alte Verordnung ersetzt, sondern auch neue Elemente einführt, wie das Gewicht der Mülltonnen oder die Häufigkeit der Entleerungen. Wir haben unter anderem der Verpflichtung nachzukommen, das Verursacherprinzip zu berücksichtigen.

Deswegen sind wir der Meinung, dass es nicht so einfach ist sich mit all diesen Zahlen zu beschäftigen, und wir hätten begrüßt, wenn es eine Fortsetzung unserer Arbeitssitzung gegeben hätte. Wir hatten während der Pandemie eine Arbeitssitzung zu diesem Thema, wo uns eine externe Beraterfirma sehr viele Erklärungen dazu gegeben hat. So hätten wir in einer zweiten Arbeitssitzung eine gemeinsame Lösung für diese Gebührenverordnung ausarbeiten können.

Wir sind uns ja einig über das Ziel dieser Steuerregulierung:

Wir wollen unsere Umwelt schonen, und die Leute dazu bewegen, um erstens, weniger Müll zu erzeugen und zweitens, mehr Müll zu trennen, und wir müssen das Verursacherprinzip anwenden.

Man muss aber auch gerade in diesen, eh schon schwierigen Zeiten, aufpassen, dass wir die Einwohner mit diesen Tariferhöhungen nicht überfordern, und wir sie eher motivieren weniger Müll zu produzieren sowie mehr Müll zu trennen.

Deckungsgrad:

Im Gemeindehaushalt finden wir einen Betrag x, welcher die Gemeinde jährlich für die Müllentsorgung bezahlt. Auf der anderen Seite gibt es Einnahmen, die Summe welche die Einwohner bezahlen, damit ihr Müll entsorgt wird. Wie hoch ist unser aktueller Deckungsgrad?

Falls die neue Gebührenverordnung heute in Kraft treten würde, bei welchem Deckungsgrad würden wir dann liegen? Gibt es da Prozentzahlen?

Preisanalyse:

Wir haben versucht auszurechnen, wieviel mehr man jetzt ab Juli bezahlen muss.

Nehmen wir das Beispiel einer 60 Liter Mülltonne: Momentan kostet diese 196 € / Jahr.

Der neue Preis besteht aus 3 Elementen, was für eine 60 Liter Mülltonne folgende Preise ergeben würde:

- Miete pro Jahr > 110,- €.
- Das Gewicht von der Mülltonne - mit 8 kg gerechnet - dann wäre man bei 124,80 €.
- Für die Abholung werden wöchentlich 4,40 € verrechnet, da würden insgesamt 228,80€ anfallen.
- Insgesamt: 463,60 € / Jahr für eine 60 Liter Mülltonne.

Dies würde bedeuten, dass sich der Preis einer Mülltonne ab Juli mehr als verdoppeln würde, wenn man nichts dagegen unternehmen würde.

Vergleich mit anderen Gemeinden:

Die Gemeinden Mertert, Manternach und Wormeldingen haben ihre Gebührenverordnung auch vor kurzem überarbeitet, da würde eine 60 Liter Mülltonne, wenn ich es richtig berechnet habe, folgendes kosten:

Mertert: 333,52 €.

Manternach: 331,80 €.

Wormeldingen: 163,80 €.

Dies würde bedeuten, dass Grevenmacher mit 463,60 € 40% teurer wäre.

Betreffend verschiedene Artikel der neuen Gebührenverordnung macht Rätin Tess BURTON (LSAP) folgende Bemerkungen:

Artikel 1

Um auf die 3 Elemente zurückzukommen, aus denen sich der Preis einer grauen Mülltonne zusammensetzt - Fixpreis, Gewicht und Abholung - bedauern wir, dass wir unseren Tarif für die Miete so hoch angesetzt haben, denn bei diesem Betrag kann man keine Anstrengungen machen, um zu sparen.

Artikel 3

In diesem Artikel haben wir hinterfragt wie hoch der Kostenpreis ist, und ob in der Gebührenverordnung nicht der genaue Betrag stehen müsse.

Artikel 4

Des Weiteren steht im Artikel 4, dass 100% an die Verbraucher verrechnet wird, es geht jedoch nicht hervor wie hoch die Kosten sind.

Artikel 5

Hier steht wiederum Kostenpreis, hätte man da den obengenannten Preis nicht berücksichtigen müssen?

Um die Leute dabei zu unterstützen weniger Müll zu produzieren und mehr Müll zu trennen, müsste man unbedingt vor Juli eine massive Informationskampagne betreiben, unter anderem könnte man Informationsabende organisieren, Veröffentlichungen verteilen oder auch den Leuten Formulare zur Verfügung stellen, um im Voraus andere Mülltonnen bestellen zu können – ich denke hierbei vor allem an den Biomüll.

Gibt es aktuelle Zahlen über die Haushalte die eine Biomülltonne haben und / oder Papier entsorgen, beziehungsweise die blauen Tüten benutzen?

Des Weiteren machen uns die sozial schwachen Familien Sorgen, wie sollen diese in diesen schwierigen Zeiten ab Juli diese Kosten tragen?

Deswegen fordern wir, dass wir, wie in anderen Gemeinden auch, ein „Windelgeld“ einführen für die Leute die einen Lebenshaltungskostenzuschuss vom Staat erhalten. Gerade Familien mit kleinen Kindern haben viele Jahre lang ein erhöhtes Gewicht im Restmüll, da hier keine Möglichkeit zur Mülltrennung besteht.

Schlussfolgerung:

Wir sind der Meinung, dass man den Leuten eine Erhöhung von 135 % nicht zumuten kann, diese hätte man auf mehrere Jahre aufteilen müssen.

Des Weiteren sind wir der Meinung, dass der Tarif für die Miete der Mülltonnen zu hoch ist und es nicht genug Anreiz besteht, mit weniger Abfall Geld zu sparen.

Es gibt keine finanzielle Entlastung für sozial schwache Familien mit kleinen Kindern.

Aus diesen Gründen stimmt die LSAP gegen diese Gebührenverordnung.

Zusätzliche Fragen:

Deckungsgrad:

Wir haben jetzt die Information erhalten, dass die Gemeinde 20 % beisteuern muss, wir stellen eine Erhöhung von 135 % fest, wäre da keine Zwischentappe möglich gewesen?

Timing, Rechtsverbindlichkeit:

Abschließend stellen wir die Frage ob man noch eine Arbeitssitzung festlegen könnte, und zu einem späteren Zeitpunkt über die Gebührenverordnung im Gemeinderat abzustimmen. Wann muss diese Verordnung in Kraft treten?

Bürgermeisterin Monique HERMES (CSV) gibt zu bedenken, dass man hier keine Vergleiche mit anderen Gemeinden anstellen könne.

Herr Sven NUSZKOWSKI aus der technischen Abteilung erklärt, dass der Preis auch vom demografischen Umfeld, und vom Verhalten der Bürger abhängig ist. Andere Gemeinden weisen da oft eine andere Vorgehensweise auf.

Die Grundidee ist, dass das Volumen der Restmülltonne so klein wie möglich gehalten werden soll und dass sie nur zur Entleerung hinausgestellt wird, wenn sie wirklich voll ist.

Die Einwohner müssen in diesem Sinn sensibilisiert werden.

Bezüglich das Verbraucherprinzip, so ist dies momentan nicht erfüllt, da die Gemeinde 20 % beisteuert.

Hinsichtlich dieser Aussage schlägt Rat Patrick FRIEDEN (DP) dass man eine Preiserhöhung von 20% anstatt von mehr als 40% hätte anvisieren sollen.

Rat Patrick FRIEDEN (DP) macht folgende Bemerkungen zum Artikel 6:

Betreffend den Fall eines fehlerhaften Wiegens seitens der Entsorgerfirma stellt sich die Frage, ob man da nicht die Einwohner bestraft, wenn man den Mittelwert der letzten 3 Entleerungen berücksichtigt.

Er erkundigt sich des Weiteren über die Möglichkeit eines Tools, über das man spätestens am Tag nach der Entleerung das verbrauchte Restmüllgewicht abrufen könnte, so wie es bei der „Post“ möglich ist den genauen Datenverbrauch abzurufen.

Herr Sven NUSZKOWSKI aus der technischen Abteilung erklärt, dass momentan nur vorgesehen sei, die Information über das verbrauchte Restmüllgewicht der Rechnung zu entnehmen.

Man könne die technische Machbarkeit jedoch prüfen.

Rat Patrick FRIEDEN (DP) erkundigt sich ob in Zukunft die grünen, braunen und blauen Mülltonnen weiterhin gratis zur Verfügung gestellt würden. Herr Sven NUSZKOWSKI aus dem technischen Dienst bejaht diese Frage.

Die Gebührenverordnung wird mit 6 Ja- Stimmen und 5 Nein-Stimmen gutgeheißen.

2. Einnahmebescheide 2023

Einstimmig angenommen.

3. Konvention betreffend eine Wegedienstbarkeit

Einstimmig angenommen.

4. Mietvertrag betreffend die Vermietung eines freien Parkplatzes im unterirdischen Parkhaus „Réngmauer“

Einstimmig angenommen.

5. Baukostenabrechnungen

a) Erneuerungsarbeiten an der Wasserleitung in der Straße „um Bëschelt“ in Münschecker:

Kostenvoranschlag:	122.646,83,-€.
Kostenabrechnung :	97.981,15,-€.

b) Erweiterung der „Maison relais“.

Kostenvoranschlag :	2.650.000,-€.
Kostenabrechnung :	2.695.994,03€.

c) Verlegen von Bushaltestellen in der „rue des Tanneurs“.

Kostenvoranschlag:	275.000,-€.
Kostenabrechnung:	224.180,84€.

Alle 3 Kostenabrechnungen einstimmig angenommen.

6. Genehmigung von temporären Verkehrsregelungen

Einstimmig angenommen.

7. Friedhofskonzessionen

Einstimmig angenommen.

8. Finanzielle Zuschüsse

Lëtzebuurger Landesverband fir Beienzucht: 50,-€.

Einstimmig angenommen.

9. Sozialamt – Stellungnahme zu den Beschlüssen von 2023

Rätin Carine SAUER (CSV) gibt diesbezüglich folgende Informationen:

Die allgemeine Situation hat sich verschlechtert. Vor allem die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum, nach Hilfestellungen beim Bezahlen der Mieten, usw., wachsen stetig. So hat sich die Zahl der zu behandelnden Dossiers seit 2011 mehr als verdoppelt.

Die Bearbeitung eines Dossiers für BPI nimmt ungefähr 10 Arbeitsstunden für eine Sozialarbeiterin in Anspruch.

Die Situation sei prekär, denn mittlerweile würden schon Anträge von „Normalverdienern“ gestellt. Jetzt kommen noch die steigenden Abfallgebühren hinzu.

Die Beschlüsse werden positiv avisiert.

10. Informationen des Schöfferrates

Bürgermeisterin Monique HERMES (CSV) informiert:

- Statistik über die Belegung des Parking „Réngmauer“:

Ralph WAGNER aus der Finanzabteilung teilt folgendes mit: Es ist sehr erfreulich, dass die Belegung gegenüber dem Vorjahr um 59 % angestiegen ist, und der Umsatz um 66 % gesteigert wurde.

Die Bürgermeisterin informiert, dass die 2 Gratisstunden für Parken bis zur Fertigstellung des Busbahnhofs bestehen bleiben.

- Sportskoordinator:

Der Schöfferrat hat gestern seitens des Sportsministerium eine Rückmeldung erhalten. Ein Termin im Schöfferrat wurde festgelegt.

Die Bürgermeisterin verspricht, dass dieses Thema zu gegebenem Zeitpunkt mit dem Gemeinderat besprochen wird.

- Einführung einer 30er Zone bei der Grundschule:

Es liegt ein Vorschlag vor, besagte Zone noch zu erweitern bis zur Kreuzung „rue de Trèves“ und „rue Ste-Catherine“. Der Gemeinderat wird darüber informiert.

Yves CHRISTEN aus dem technischen Dienst gibt Erläuterungen: Der ursprüngliche Antrag sah als 30er Zone die Strecke von der „rue des Tanneurs“ (Haus No 5) bis zur Kreuzung zur „rue Frantz Seimetz“ vor. Dann bekam die Gemeinde vom Ministerium den Bescheid, dass dies nur möglich sei von der „rue Ste-Catherine“ bis zur „rue Franz Seimetz“. In der Zwischenzeit wurden neue Bestimmungen eingeführt, und die Gemeinde wird einen neuen Antrag stellen.

Im Haushalt ist ein Posten eingetragen für eine Studie zur Prüfung aller Möglichkeiten für eine 30er Zone auf dem Gemeindegebiet. Dies wird eine Gesamtübersicht möglich machen zu diesem Thema.

Schöffin Liane FELTEN (CSV) informiert über die steigenden Zahlen des „Rent a Bike“ Projektes:

Das „Rent a Bike“ hat seinen Ursprung in einem LEADER Projekt Miselerland der Jahre 2009-2011, welches klein begonnen hat und sich zu einem festen Bestandteil des touristischen Angebotes der Region entwickelt hat.

Der CIGR verwaltet aktuell 250 Fahrräder. Der Umsatz der Saison 2023 beläuft sich auf 45.559,-€.

Der Bereich „Rent a Bike“ wird beim CIGR von 5 Personen verwaltet.

11. Fragen an den Schöfferrat

Rat Metty SCHOLTES (LSAP):

- Recycling Center „Muertendall“: 4 Gemeinden können dort die Abfälle abgeben.

Er stellt die Frage was mit den Dingen geschieht, die noch brauchbar sind. Er bemängelt, dass man diese Dinge wegwirft, obwohl noch jemand anders sie nutzen könnte und schlägt vor einen Platz vorzusehen, an dem die Einwohner der betroffenen Gemeinden die Möglichkeit erhielten diese Gegenstände abzuholen.

Schöffe Marc KRIER (déi gréng), informiert, dass er bereits seit 3 Jahren versucht diesen Vorschlag im Vorstand des SIGRE durchzusetzen.

Er bekäme dann als Antwort, dass bereits eine Möglichkeit bestünde, da ein spezieller Platz auf der Mülldeponie vorgesehen sei, um diese Dinge abzustellen.

Rat Claude WAGNER (DP) bemerkt, dass dies wohl stimme, dieser Ort jedoch zu eng und zudem schwer zugänglich sei.

Rätin Tess BURTON (LSAP) schlägt vor, eine diesbezügliche Anlaufstelle im Zentrum von Grevenmacher zu schaffen.

Die Bürgermeisterin Monique HERMES (CSV) erklärt, dass der Schöfferrat sich dieses Themas annehmen wird und erteilt Schöffe Marc KRIER (déi gréng) den Auftrag dies in die Wege zu leiten.

Rätin Claire SERTZNIG (DP) spricht in diesem Zusammenhang den schlechten Zustand der Give Boxen an. Viele Einwohner laden dort sperrige Gegenstände ab. Wenn es eine Anlaufstelle geben würde für diese Dinge, könnte man diesem Problem vielleicht entgegenwirken.

Bürgermeisterin Monique HERMES (CSV) teilt mit, dass sie aus diesen Gründen die Give Box auf dem Schiltzenplatz hat sperren lassen.

Leider wird die Bestimmung der Give Boxen nicht respektiert und diese werden dazu benutzt, um dort Müll abzustellen.

Alle möglichen Dinge werden dort beliebig abgestellt, und der Müll muss vom Gemeindedienst entsorgt werden. Das gehört nicht zur Arbeit der Gemeindeangestellten.

Schöffin Liane FELTEN (CSV) bemerkt, dass die Give Boxen zu eng seien. Sie schlägt vor dieses Problem innerhalb der zuständigen Kommission zu diskutieren.

Rätin Martine COGNIOUL-LOOS (CSV) informiert,

- ▶ dass sie schon des Öfteren festgestellt hat, dass im Parkhaus „Réngmauer“, nicht alle sich an die vorgeschriebene Fahrtrichtung halten und so zu „Geisterfahrern“ werden. Sie schlägt vor zusätzliche Einbahnschilder anzubringen.

Herr Yves CHRISTEN aus dem technischen Dienst informiert, dass die Fahrtrichtung an allen möglichen Stellen durch Schilder markiert sei.

Rätin Claire SERTZNIG (DP) weist in diesem Zusammenhang auf die sehr schwer zu öffnende Zugangstür zum Kassenautomaten hin.

Herr Yves CHRISTEN aus dem technischen Dienst erklärt, dass in der Haushaltsvorlage eine Summe vorgesehen sei, um die schweren Türen mit einem elektronischen Öffnungsmechanismus auszustatten. Die Brandschutzbestimmungen schreiben jedoch diese Variante der Türen vor.

Die Gemeinde hatte der Hausverwaltung vorgeschlagen, diese Kosten auf alle Besitzer aufzuteilen, da das neue PMR-Gesetz einen Umbau bis spätestens 2032 vorschreibt. Dies wurde leider abgelehnt, so dass die Gemeinde die Kosten jetzt alleine tragen muss.

Rätin Claire SERTZNIG (DP) schlägt ebenfalls vor, dass die Eingänge für Abonnenten und für Besucher ausgetauscht werden.

Es erweist sich als logisch, dass sich die Besucher-einfahrt links befindet, da diese leichter zugänglich ist, und die meisten Besucher intuitiv die linke Einfahrt wählen.

Herr Yves CHRISTEN vom technischen Dienst wird die Machbarkeit prüfen und schlägt vor, die Möglichkeit, dass beide Einfahrten für Abonnenten sowie für Besucher freigeschaltet werden, ebenfalls zu prüfen.

Rätin Carine SAUER (CSV) informiert,

- ▶ dass der CIGR dieses Jahr 5 neue E-Bikes und 10 Kinderfahrräder anschaffen wird.
- ▶ Sie erkundigt sich, ob die Gemeinde über eine Aufstellung verfügt betreffend die bestehenden Parkplätze für Personen mit eingeschränkter Mobilität. Diese sollte auf der Internetseite der Gemeinde zu finden sein.
Besagte Aufstellung wird zeitnah auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht, so Bürgermeisterin Monique HERMES (CSV).
- ▶ Sie schlägt des Weiteren vor die Abholung des Grünschnitts ab dem 1. März durchzuführen, bedingt durch die Klimaveränderung.

Rätin Tess BURTON (LSAP)

- ▶ erkundigt sich nach dem Datum der offiziellen Einweihung des Kulturzentrums.
Bürgermeisterin Monique HERMES (CSV) informiert, dass die offizielle Einweihung am 04. Oktober stattfinden wird.
In der kommenden Woche wird eine Versammlung mit den Vereinen der Gemeinde stattfinden.

- ▶ Betreffend das Parkhaus „Réngmauer“ schlägt Rätin Tess BURTON (LSAP) vor, Frauenparkplätze einzuzichnen.
Dies sei nicht möglich, durch das bestehende Zählersystem der freien Parkplätze, erklärt Herr Yves CHRISTEN aus dem technischen Dienst.

- ▶ Rätin Tess BURTON (LSAP) bemerkt, dass die Winzer / Bauern die mit den Traktoren von der „rue du Stade“ Richtung „Leitschbaach“ fahren, Schwierigkeiten hätten rechtzeitig zu bremsen an der Ausfahrt des „Zéilewee“, dies bedingt durch die Rechtsvorfahrt der aus dem „Zéilewee“ kommenden Fahrzeuge. Sie schlägt vor, die Rechtsvorfahrt dort zu streichen.

Rat Patrick FRIEDEN (DP)

- ▶ erkundigt sich über eine mögliche Besichtigung des Kulturzentrums.
Dies wird im April stattfinden, so Bürgermeisterin Monique HERMES (CSV).
Sie erklärt des Weiteren, dass auch ein Tag der offenen Tür geplant sei, dieser jedoch nicht vor November stattfinden wird.

Rat Claude WAGNER (DP)

- ▶ erkundigt sich erneut über die Möglichkeit die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates zu streamen.

Bürgermeisterin Monique HERMES (CSV) informiert, dass dies momentan noch nicht vorgesehen sei.